

Unternehmen in der Defensive

Karl Hofstetter bringt es in seinem Gastkommentar (NZZ 17.1.19) auf den Punkt. Die Konzernverantwortungsinitiative würde die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts entscheidend schwächen. So sieht es auch der Bundesrat. Er lehnt die Initiative in der Botschaft entschieden ab. Grund dafür ist die völlig überzogene Unternehmenshaftung, welche die Initiative einführt. Diese lädt geradezu zu Klagen gegen Schweizer Firmen ein. Diese Gefahr schürt Unsicherheit und ist Gift für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Initiative wird so zu einer Einladung zu politisch oder wirtschaftlich motivierten Angriffen auf Schweizer Unternehmen. Wenn das Parlament nun entgegen der Meinung des Bundesrats einen Gegenvorschlag diskutiert, so droht es in die gleiche Falle zu tappen. Das liegt nicht zuletzt an der Umkehr der Beweislast, die unserem Rechtsverständnis völlig widerspricht. Sie versetzt Schweizer Unternehmen bei einer Klage von Anfang an in die Defensive, was nicht im Interesse des Erfolgsmodells Schweiz sein kann.

Christian Scheuermeyer, Deitingen

Karl Hofstetter scheint verschlafen zu haben, dass die Diskussion im Bereich Menschenrechte und Unternehmen längst zu «Corporate Social Responsibility» zu «Corporate Accountability» weitergezogen ist. Sprich: Es geht heute nicht mehr darum, freiwillig irgendwo Gutes zu tun, sondern bei seinen eigenen Geschäftsaktivitäten Schlechtes zu vermeiden. Und wenn es trotzdem einmal zu einem Schaden kommen sollte, dafür geradzustehen. Seit Jahrzehnten fliessen Gewinne ganz selbstverständlich in das Mutterhaus ab. Zeit, dass dieses auch für angerichtete Schäden Verantwortung übernimmt. Alles andere ist in unserer globalisierten Welt nicht mehr zeitgemäss.

Jacques von Mandach, Zürich

Zersiedelungsinitiative

Die Fakten sind klar und unbestritten: Die Schweiz wird zubetoniert! Das eidgenössische Parlament machte während Jahrzehnten nichts und hatte, in Vereinigung mit den Lobbyisten der Bau-, Immobilien- und Finanzwirtschaft, gar noch Freude am Wachstum und Bauboom. Erst auf Druck der Landschaftsinitiative bequemen sich National- und Ständerat zu einem neuen Raumplanungsgesetz. Heute werden sie nicht müde, dieses Gesetz als die grosse Errungenschaft im Kampf gegen die Zersiedelung zu rühmen. Dabei ist es nur ein halbherziger Stopp auf Zeit. Sobald die ausgeschiedenen Bauzonen aufgefüllt sind, darf wieder neu eingezont werden. Das eidgenössische Raumplanungsgesetz hat also sogar eine beschleunigende Wirkung: bestehende Bauzonen möglichst schnell überbauen, damit die Kantone und Gemeinden wieder neue Flächen einzonen dürfen. Die Argumente der Initiativgegner, die Mieten würden steigen und die Wirtschaft könne sich nicht mehr entwickeln, sind reiner

Mumpitz. Bereits jetzt hat es noch Bauzonenreserven in der Grösse des Kantons Schaffhausen (also eigentlich zu viel ...). Für Wohnungen kann man höher bauen, etwas verdichten und bestehende Bauten erweitern. Gleiches gilt für die Industrie. Die Initiative ist die richtige Ergänzung für eine wirksame Raumplanungspolitik.

Peter Brotschi, Grenchen

Am 10. Februar 2019 stimmt das Schweizer Volk über die Zersiedlungsinitiative ab. Drei der vier dem Volk zur Annahme vorgeschlagenen Punkte klingen vernünftig und werden auch ohne Gesetzestext umgesetzt werden, da Streusiedlungen und ausgedehnte Einfamilienhaus-Quartiere für die Gemeinden hohe Infrastrukturkosten mit sich bringen. Schon aus diesem Grund wollen die meisten Vorstadtgemeinden ihr Habitat verdichten. Zudem ist das Mehrfamilienhaus energietechnisch ein sparsameres Konzept als das Einfamilienhaus, da sein Volumen-Oberfläche-Verhältnis besser abschneidet. Weiter sind viele Einfamilienhäuser heute de facto «Wegwerfhäuser», die nach bloss einer Generation neuen Gebäuden weichen müssen. Wenn die Leute wieder etwas mehr auf ihr Geld schauen müssen, dann wird auch bei uns langfristiger geplant und gebaut, ohne dass deshalb ein Gesetzestext nötig wäre. Und schliesslich ist die vierte Forderung der Initiative – die Ausscheidung neuer Bauzonen sei nur zulässig, wenn eine andere unversiegelte Fläche von mindestens gleicher Grösse und vergleichbarem potenziellem landwirtschaftlichem Ertragswert aus der Bauzone ausgezont wird – eine völlig irrationelle Spielregel, die kein vernünftiger Mensch so annehmen kann.

Edgar Müller, Lausanne

Es ist schön, zu hören, dass der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) die Zersiedelung als ein drängendes Problem anerkennt. Der SGV verteidigt mittlerweile die Errungenschaften des Raumplanungsgesetzes, wie in der NZZ vom 18. Januar zu lesen war. Noch im Jahr 2012 sprach der Verband von einem «inakzeptablen» Gesetzesvorschlag, gegen den er «an vorderster Front den Kampf aufnehmen» werde. Es folgte eine klare Niederlage an der Urne, die Stimmbevölkerung hatte schon damals erkannt, dass die Zersiedelung zu stoppen ist. Nun haben wir die Möglichkeit, den eingeschlagenen Weg für eine zukunftsorientierte Raumplanung weiterzugehen, indem wir die Zersiedelungsinitiative annehmen. Die Initiative führt eine Begrenzung der Bauflächen ein, da der Boden in der Schweiz begrenzt ist, und bildet so eine sinnvolle Ergänzung zum Raumplanungsgesetz.

Florian Gschwend, Zürich

Wir alle wollen eine intakte Umwelt und eine nachhaltige Bodennutzung. Ich setze mich deshalb ein für eine nachhaltige Raumplanung. Damit soll das Bevölkerungswachstum vor allen in urbanen Regionen aufgefangen und Baureserven in Siedlungsgebieten besser genutzt werden (sogenannte «Siedlungsentwicklung nach innen»). Die verlockend klingende Zersiedelungsinitiative würde einen sorgfältigen Umgang mit dem Boden aber untergraben. Denn diese radikale Initiative hat starke, unerwünschte Nebenwirkungen. Durch das Einfrieren der Bau-

zonenfläche würde Bauland verknappt, was angesichts der wachsenden Bevölkerung zu steigenden Wohnungspreisen führen würde. Diese Initiative der Grünen würde damit Baulandbesitzer bevorzugen!

Auch öffentliche Bauten müssten um den knappen Boden kämpfen und würden teurer. Gerade einige Kantone und Gemeinden, die (zu) stark eingezont haben, würden durch das Einfrieren gegenüber den anderen stark profitieren. Die Initiative würde also unsorgfältiges Haushalten mit dem Boden noch belohnen, was nicht im Sinne einer nachhaltigen Raumplanung sein kann. Die Initiative würde zudem die Handlungsfreiheit der Landwirtschaft, die heute bereits überreguliert ist, übermässig einschränken und deren Wettbewerbsfähigkeit schwächen. Die Landwirtschaft müsste für einige Nutzungen plötzlich auf Bauzonen ausweichen, was eine geordnete Siedlungsentwicklung erschweren würde.

Schliesslich würde die Initiative zu noch mehr Zentralisierung führen und die regionalen Unterschiede, welche gerade in der Raumplanung zu berücksichtigen sind, ausser acht lassen. Das heutige Raumplanungsgesetz hat in den letzten Jahren mitgeholfen, den Bodenverschleiss zu senken. Die Kantone gehen nun sorgfältiger um mit Boden. Die Initiative würde diese Errungenschaft gefährden.

Adrian Ineichen, Dübendorf

«Die Weltbevölkerung ernährt sich falsch»

Die Auswirkungen der zunehmenden Überbevölkerung bedrohen die ökologische Stabilität unseres Planeten (NZZ 17.1.19). Um einen ökologischen Kollaps zu verhindern, empfehlen Wissenschaftler eine Umstellung der Ernährung und der Art der landwirtschaftlichen Produktion. Zu weiteren Massnahmen im Interesse des Schutzes der Umwelt müsste auch eine Bevölkerungspolitik gehören, die ein weiteres Wachstum der Bevölkerung, d. h. der Zahl der Konsumenten, verhindert. Daher wäre die Förderung einer ökologisch-nachhaltigen, der Kultur und der Religion angepassten Familienplanung angebracht.

Andreas Petrin, Dietikon

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

REDAKTIONELLE MITARBEITER

International: Fabian Urech (urf.), **Inland:** Angelika Hardegger (haa.), Antonio Fumagalli (fum.), Tobias Gafajer (gaf.), Michael Surber (sur.), **Bundeshaus:** Lukas Mäder (mdr.), **Wirtschaft/Börse:** Andreas Uhlig (Ug.), Sylviane Chassot (syc.), Patrick Hergler (ph.), **Fuilleton:** Marion Löhndorf (lwo.), Daniele Muscionico (MD), **Zürich:** Johanna Wedl (jow.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkel (len.), **Sport:** Stefan Osterhaus (sos.), Michele Coviello (cov.), Ulrich Pichel (pic.), Andreas Babst (abb.), **Nachrichten:** Franziska Scheven (fs.), Martina Medic (med.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Widmann, Janique Weder (wej.), Manuel Frick (fma.). **Webproduktion:** Beat Grossrieder (bgr.), **Produktionsredaktion:** Urs Buss (buu.), Bodo Lampersky (la.), Lukas Leuzinger (luz.), Philipp Hüfenschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Simon Tanner (tan.), **Social Media:** Reto Stauffacher (rst.), Corinne Piaga (cp.), Esther Rüdiger (eru.). **Visuals:** Leann von Gunten (vg.), Marie-José Kolly (mk.), Haluka Maier-Borst (hmb.), Philip Küng (phk.), Manuel Roth (mrt.), Anna Wiederkehr (awi.), Christian Thumshirn (thc.), Markus Stein (sma.), Olivia Fischer (ofi.).

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction: Reto Althaus (ral.), **Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Sara Zeiter (sze.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aeby (nae.), Rahel Arnold (raa.) **Fotografie:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hkf.), Annick Ramo (rva.), Simon Tanner (tan.), Coran Basic (bc.), **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei, Andreas Steiner **Blattplanung:** René Sommer **Korrektur:** Yvonne Battschen **Archiv:** Ruth Haener **Projekte:** André Maerz (mae.)

TRIBÜNE

Klimaberichte sind wichtig

Gastkommentar

von THERESE FRÖSCH

Für das Klima auf die Strasse: Erst gerade demonstrierten wieder mehr als 20 000 Jugendliche in der Schweiz; sie machten auf den Klimawandel aufmerksam. Und dieser Tage beginnt die Arbeit am sechsten Weltklimabericht. Internationale Klimafachleute fassen den aktuellen Wissensstand zusammen, wie der Mensch das Klima beeinflusst und mit welchen Veränderungen wir rechnen müssen. Der Bericht liefert dringend nötige Fakten und die Basis für Veränderungsvorschläge. Ohne die Arbeit des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC) fehlte der Welt der Überblick über die Auswirkungen des Klimawandels.

Klar ist: Wir müssen sofort handeln, damit die Fieberkurve unseres Planeten nicht in den roten Bereich hochschnellt. 2018 war das wärmste Jahr in der Schweiz seit Messbeginn und das vierte in kurzer Folge mit überdurchschnittlichen Temperaturen. Der massive Temperaturanstieg ist ein «eindrückliches Signal der laufenden Klimaänderung», so Meteo Schweiz. Der neue Weltklimabericht ist eine konkrete Massnahme dagegen. Die Berichte lösen zuweilen heftige Diskussionen aus – jüngst etwa an der Weltklimakonferenz in Polen. Es ging um den IPCC-Sonderbericht von Oktober 2018 zu 1,5 Grad Celsius globaler Erwärmung, der klarmacht, dass die globalen CO₂-Emissionen in den nächsten zwölf Jahren drastisch reduziert werden müssen, wenn das Pariser Abkommen eingehalten werden soll.

Dabei treffen die Folgen des Klimawandels die Menschen in Entwicklungsländern besonders heftig: Sie sind von Dürren, Überschwemmungen, Wirbelstürmen und dem ansteigenden Meeresspiegel betroffen. Zudem stehen sie vor der Herausforderung, Wachstum voranzutreiben, ohne dass sie mehr CO₂-Emissionen verursachen. Um effektive Lösungen zu finden, braucht es wissenschaftliche Berichte, die zeigen, wo die Hebel anzusetzen sind. Laut einer neuen Studie sind bloss 100 Unternehmen für 70 Prozent des

Die Folgen des Klimawandels treffen die Menschen in Entwicklungsländern besonders heftig.

globalen CO₂-Ausstosses verantwortlich. Dies legt nahe, dass insbesondere die Politik einen weiteren Temperaturanstieg beeinflussen kann: durch Lenkungsabgaben, wirtschaftliche Anreize und Massnahmen wie Kerosinbesteuerung. Gleichzeitig müssen Investoren und die Zivilgesellschaft mitbestimmen können, wo Mittel investiert werden; Weltklimaberichte liefern dafür fundiertes Wissen.

Welche Veränderung? Einerseits müssen die Ursachen des Klimawandels bekämpft werden: Der CO₂-Ausstoss muss bis 2050 drastisch sinken. Dazu müssten erneuerbare Energien 85 Prozent des globalen Stromverbrauchs stellen, und der Einsatz von Kohle soll vollständig entfallen. Für die Schweizer Wirtschaft bieten die erforderlichen Innovationen und der wachsende Bedarf nach klimafreundlichen Technologien beträchtliches Entwicklungspotenzial. Andererseits geht es um die Anpassung an den Klimawandel. In Südamerika gefährden schrumpfende Gletscher das Leben der Menschen im Hochgebirge und bedrohen die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region. In Afrika nehmen Konflikte wegen austrocknenden Wasserquellen zu – ein Kampf um schwindende Ressourcen. In Asien werden Regenfälle und Trockenzeiten immer extremer. Fatale Ernteaufälle sind die Folge.

Entwicklungsorganisationen wie Helvetas bilden vor Ort Bäume- rinnen und Bewohner ländlicher Gebiete darin aus, wie sie ihre Hänge und Wassereinzugsgebiete vor Erosion schützen und ihre Landwirtschaft an den Klimawandel anpassen können. Zudem werden Lokalverwaltungen in effizienter Umweltpolitik geschult. Alles auf Basis solider Forschungsergebnisse. Klimaberichte sind also Treiber und Basis für Schritte, die den Klimawandel eindämmen und die schlimmsten Folgen abmildern können – genau das, was auch die Jugendlichen fordern.

Therese Frösch ist Präsidentin der Entwicklungsorganisation Helvetas.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 240. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg)
Stellvertreter: Colette Gradwohl (C. G.), Daniel Wechlin (daw.), Andreas Schürer (asu.)
Tagessleitung: Colette Gradwohl (C. G.), Christoph Fisch (cf.), Andreas Schürer (asu.), Daniel Wechlin (daw.), Jenni Thier (thj.), Benno Mattli (bem.)
International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Andras Wysleng (awy.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Patrick Zöll (paz.), Daniel Steinhorn (DSt.), Ivó Mijssen (mij.), Dominique Burckhardt (dbu.)
Schweiz: Michael Schoenenberger (msc.), Helmut Stalder (st.), Christina Neuhaus (cn.), Claudia Baer (cb.), Jörg Krumenacher (ku.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Erich Aschwenden (ase.), Marc Trübhorn (tri.), Simon Hehi (hhi.), Lucien Scherrer (lsc.)
Bundeshaus: Heidi Gmür (gmü.), Christof Forster (for.)
Bundesgericht: Kathrin Alder (ald.)
Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer (pfi.), Werner Erz (erz.), Ermes Gallarotti (g.), René Höltschi (Ht.), Sergio Aiolfi (ai.), Thomas

Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Kucic (nrü.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Giorgio V. Müller (gvm.), Michael Forber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Thomas Schürpf (tsf.), Zoé Inés Baches Kunz (Z. B.), Natalie Gratwohl (ng.), Werner Grundtöbner (gru.), Daniel Imwinkelried (imr.), Christof Leisinger (crl.), Anne-Barbara Luft (abl.), Michael Schäfer (msf.), Dieter Bachmann (dba.), Jörg Müller (jmu.), Dominik Feidgens (df.)
Fuilleton: René Scheu (rs.), Angela Schader (as.), Rainer Stadler (rsd.), Claudia Schwartz (ces.), Thomas Ribli (ribi.), Ueli Bernays (ubs.), Roman Bucheli (rb.), Susanne Ostwald (owd.), Philipp Meier (ph.), Claudia Mäder (mdr.), Christian Wildhagen (wdh.)
Zürich: Irène Troxler (tox.), Alois Feusi (fsi.), Dorothée Vogeli (vo.), Urs Bühler (us.), Stefan Hotz (sho.), Adé Kälin (ak.), Katja Baigler (ba.), Fabian Baumgartner (fba.), Jan Hudoc (jhu.), Florian Schoop (sfc.), André Müller (amü.), Daniel Fritzsche (dff.)
Sport: Elmar Wagner (wag.), Flurin Clalina (cl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Philipp Bärtsch (phb.), Samuel Burgener (str.), Claudia Rey (ckr.), Nicola Berger (nbg.)
Meinung & Debatte: Martin Sonti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Elena Panagiotidis (ela.)
Wissenschaft: Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stefan Betschon (S. B.), Stephanie Kusma (kus.), Lena StellaMach (lsl.), Helga Rietz (rz.)
Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl (C. G.), Susanna Müller (sm.), Herbert Schmidt (hbt.), Birgit Schmid (bgs.), Matthias Sander (msa.)
Bildredaktion und Gestaltung: Christian Güntlisberger (cgu.),
Reporter: Marcel Gyr (-yrc.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.)

Nachrichten: Tobias Ochsenbein (toc.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Katrin Schregenberg (ks.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael Schilliger (msl.), Kathrin Klette (kk.)
Produktionsredaktion: Christoph Fisch (cf.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (pa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.)
Webproduktion: Michèle Schell (mi.), Roman Sigrist (rs.), Susanna Rusterholz (rus.), Reto Gratwohl (grt.)
Visuals: David Bauer (dav.), Beni Buess (bue.), Christian KleeB (cke.), Anja Lemcke (lea.), Balz Rittmeyer (brt.), Joana Kelen (jok.)

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.) **London:** Markus M. Haefliger (mhf.), Benjamin Triesbe (bel.) **Berlin:** Christoph Eisenring (cei.), Marc Felix Serrao (fxs.), Benedikt Neff (ben.), Jonas Hennig (jph.), Hansjörg Müller (hml.) **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.) **München:** Stephanie Lahrz (slz.) **Rom:** Andrea Spalinger (sp.), **Wien:** Meret Baumann (bam.), Matthias Benz (mbe.), **Stockholm:** Rudolf Herrmann (ruh.), **Brüssel:** Niklaus Nuspiger (nuc.), Christoph G. Schmutz (sco.), **Moskau:** Markus Ackereit (mac.), Christian Fischer (cfs.), **Dakar:** David Signer (dai.), **Lissabon:** Thomas Fischer (tfs.), **Istanbul:** Volker Pabst (pab.), Inga Rogg (iro.) **Beirut:** Christian Westlof (ws.), **Jerusalem:** Ulrich Schmid (U. Sd.), **Mumbai:** Marco Kauffmann Bossart (kam.), **Sydney:** Esther Blank (esb.), **Singapur:** Manfred Rist (rt.), **Peking:** Matthias Müller (Mue.), **Tokio:** Patrick Weiter (pwe.), **Washington:** Peter Winkler (win.), Beat Ammann (B. A.), Martin Lanz (mla.), **New York:** Christiane Hanna Henkel (C. H.), **San Francisco:** Maria-Astrid Langer (ma.), **Vancouver:** Carl R. Felder (fcl.), **Rio de Janeiro:** Nicole Antiker (am.), **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.), **San José de Costa Rica:** Peter Gaupp (pgp.)

NZZ Wochenende Print: 341 Fr. (12 Monate), 31 Fr. (1 Monat).

Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 539 € (12 Monate), 49 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige

Auslandpreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 880 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat)

Alle Preise gültig ab 1.3.2018

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistik- unternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1.1.2018

BECLAUBTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 111 023 Ex. (Wemf 2018)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors